

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 3. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung

vom: **19.08.2021**

von: **17:00 Uhr**

bis: **18:27 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

Vom Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung:

Stv Weber, Frank	- als Vorsitzender
AM Bahnschulte, Claudia	
Stv Dil, Yilmaz	
Stv Eckhardt, Klaus	
AM Fischbach, Karlfried	
Stv Grisse, Robert	
Stv Groß, Michael	
AM Kamann, Timo	
AM Lohmeier, Heinz Werner	vertritt Stv Böcking, Verena
AM Neumann, Daniel	
AM Schneider, Manfred	
AM Schulz, Oswald	vertritt Stv Schwarzer, Michael
AM Schwunk, Ulrich	vertritt Stv Tigges, Johannes
Stv Shirley, Julia	
AM Solms, Harold	
Stv Steuber, Hartmut	
AM Weißelberg, David Ernst	vertritt Weißelberg, Andreas

Beratende Mitglieder:

AM Amely, Hans
AM Becker, Lothar

AM Hock, Stefan
IntRM Lübke, Lada

vertritt Schneider, Michael

Als Zuhörer:

Stv Langer, Günther

Von der Verwaltung:

StR Fries	
StK Cavelius	- bis 18.25
Städt. Oberbrandrat Ebertz	
Städt OVR O. Schmidt	
Städt. OVR Diehl	
VA Mockenhaupt	- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Böcking, Verena	vertreten durch AM Lohmeier, Heinz Werner
Stv Schwarzer, Michael	vertreten durch AM Schulz, Oswald
Stv Tigges, Johannes	vertreten durch AM Schwunk, Ulrich
AM Weißelberg, Andreas	vertreten durch AM Weißelberg, David Ernst
AM Schneider, Michael	vertreten durch AM Hock, Stefan

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu Niederschriften

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 25.02.2021

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

3. AfFSO 19.08.2021

1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 29.04.2021

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

3. AfFSO 19.08.2021

2. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

3. AfFSO 19.08.2021

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Bekämpfung der innerstädtischen Raserei Antrag der Volt-Fraktion

Vorlage Nr. AT 123/2021

Herr Kamann erläutert und begründet den Antrag, bei dem es in erster Linie um die Lärmbelästigung durch beschleunigende Fahrzeuge gehe. Die Stadt Siegen benötige pragmatische Lösungen. Für die vorgeschlagene Ampelschaltung würden vor den Lichtsignalanlagen Induktionsschleifen installiert, die bei zu schnellem Fahren, für die Umschaltung der Ampel auf „Rot“ sorgten. Hauptsächlich liege der Fokus auf der Weidenauer Straße/ Geisweider Straße zwischen dem Bereich Kaisergarten und Geisweid.

Aus Sicht der Polizei gebe es keine aktuelle Raserszene in Siegen, wie es in anderen Großstädten der Fall sei. Probleme habe es während des Lockdowns mit der Poser- oder Prollszone gegeben, durch die Aktionen seitens Polizei und Ordnungsverwaltung sei dagegen vorgegangen worden, so Herr Hock. Die vorgeschlagene Ampelschaltung werde Rennen massiv fördern, aus Sicht der Polizei sei der Antrag nicht zielführend.

Bisher sei ihm eine Siegener „Raserszene“ nicht bekannt gewesen, so Herr Solms. Einsätze der Polizei hätten stattgefunden, Illegales werde verfolgt. Die vorgeschlagene Ampelschaltung halte er für bedenklich und sei nur mit Kosten verbunden.

Generell kritisiert er die „Antragsflut“ der Volt- Fraktion. Man hätte im Vorfeld Kontakt mit Polizei und Ordnungsbehörde aufnehmen sollen, bevor an die Öffentlichkeit gegangen werde.

Herr Groß widerspricht Herrn Solms und befürwortet, dass die Volt- Fraktion Anträge stelle, sich kümmere, Engagement zeige und sich mit Sachverhalten befasse, die an sie herangetragen würden. Kritik daran, dass man seine Aufgaben wahrnehme, weise er zurück.

Zum Antrag führt er aus, seines Wissens seien in der Innenstadt die Lichtsignalanlagen zumindest tagsüber atypisch geschaltet, um keine grüne Welle zu verursachen und dadurch den Verkehr auf die HTS zu lenken. In der Regel seien die Ampeln jedoch nachts ausgeschaltet. Gebe es ein Problem, halte er das nächtliche Anschalten der Lichtsignalanlagen für die einfachere Lösung.

Durch die Induktionsschleifen werde der Verkehr abgebremst, anschließend würde wieder beschleunigt, so Herr Weber. Genau das sollte jedoch verhindert werden. Den Vorschlag halte er zum einen für nicht erforderlich, andererseits sei er kostenträchtig.

Auch Herr Fries bestätigt das Nichtvorhandensein einer Raserszene in Siegen. Das persönliche Empfinden eines Jeden könne jedoch ein anderes sein. Die vorgeschlagene Ampelregelung habe den Nachteil, dass man damit das schnelle Fahren nicht in den Griff bekomme, sondern nur eine Beschleunigung erreiche, was den Lärm erzeuge. Er schlägt vor, noch stärker Mittel der Verkehrsüberwachung, wie z. B. die Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen in den Einsatz zu bringen und gemeinsam mit der Polizei gezielte Aktionen durchzuführen.

Herr Groß befürwortet den Verwaltungsvorschlag. Der Antrag stehe auch im Verkehrsausschuss zur Beratung an. Ihn interessiere, wie viele Geschwindigkeitsübertretungen bei der Polizei im letzten Jahr registriert worden seien und ob bei der Stadt entsprechende Lärmbeschwerden vorlägen. Diese Indikatoren könnten zu einer sachlichen Grundlage führen. Erhalte man im Verkehrsausschuss entsprechende Hintergrundinformationen, könne man sachgerechter entscheiden. Er bitte die Verwaltung, entsprechende Informationen vorzulegen.

Auf Nachfrage von Herrn Groß, ob bei Polizei oder Stadt eine Statistik über Verkehrsübertretungen und Beschwerden über Lärmbelästigungen vorliege, sagt Herr Fries zu, entsprechende Informationen zusammenzustellen.

Beschluss:

Die Verwaltung prüft, ob die Einrichtung einer sogenannten „Alles Rot/ Sofort- Grün- Schaltung“ die innerstädtische – vor allem nächtliche- Raserei und Lärmbelästigung reduzieren kann. Ebenso wird geprüft, welche Kosten mit einer dahingehenden Veränderung von Ampelanlagen verbunden sind.

Die Verwaltung prüft, ob die Einrichtung von festen Radaranlagen an den bekannten Stellen (z. B. Weidenau zentral) die innerstädtische – vor allem nächtliche Raserei – und Lärmbelästigung reduzieren kann.

Beratungsergebnis: 1 Stimmen dafür, 13 dagegen, 3 Enthaltungen

Ja: Volt (1)

Enthaltungen: Grüne (3)

3. AfFSO 19.08.2021

4. Gemeinsamer Antrag der UWG-Fraktion und der Volt-Fraktion vom 09.02.2021 Maßnahmen zur Vermüllungseindämmung Befristete Einstellung von Abfallkontrolleurinnen bzw. Abfallkontrolleuren

Vorlage Nr. VL 448/2021

Der Antrag sei bereits im Ausschuss und dem Arbeitskreis behandelt und abgelehnt worden. Eine Wiederholung der Argumente sei nicht erforderlich, die SPD- Fraktion werde der Verwaltungsvorlage folgen, so Herr Solms.

Wer den Antrag ablehne, sollte Alternativen vorschlagen, da der Zustand an den Containern nicht hinnehmbar sei. Könne die Verwaltung eine Kontrolle mit dem vorhandenen Personal erreichen, sei dies in Ordnung, wenn nicht, dann sei es zu einfach, es einfach nicht zu wollen, so Herr Groß. Es werde auch für ein Pilotprojekt geworben, wobei die Kosten nicht so hoch ausfallen würden. Das Empfinden für das Problem sei bei allen vorhanden, die Problemlösung müsse gemeinsames Bestreben sein.

Es gehe nicht um die Situation an den Containern, die nicht bestritten werde, sondern darum, ob man sich „Mülldetektive“ leiste, die bei einer Vielzahl von Verstößen nur eine geringe

Anzahl Verursacher ermitteln könnten. Hier stehe das Kosten-/ Nutzungsverhältnis in keinem Verhältnis, so Herr Weber. Er danke der Verwaltung für die Vorlage, die das entsprechend deutlich mache, aber auch dafür, dass die Zustände an den Containern immer wieder kurzfristig beseitigt würden.

Seit April sei ein neuer Abfallberater beschäftigt, dem auch die Betreuung der Depots obliege, so Herr Diehl. Durch interne Verschiebungen habe man die Position nunmehr in Vollzeit besetzt. Die Bußgeldverfahren aufgrund der Beschwerden an den Depots hätten sich bereits erhöht. Bußgeldkontrolleure könnten auch nur das ahnden, was ermittelt werden könne und das sei bereits der Fall.

Die Kosten, die in der Vorlage enthalten seien, seien nicht künstlich hoch gerechnet, so Herr Fries. Die Stadt Sorge jeden Tag dafür, dass die Stadt sauber sei. Trotzdem gebe es Standorte, die nicht so aussehen, wie sie es sollten. Es sei beabsichtigt, die problematischen Containerstandorte mit in die Schwerpunktfestsetzungen der Außendienste mit aufzunehmen. Die erfolgreiche Ahndung der Verursacher sei schwierig, solle aber auch weiterhin versucht werden.

Die Müllgebühren seien anscheinend für den Bürger zu hoch, da sie ansonsten den Müll nicht auf diese Art und Weise entsorgen würden, so Herr O. Schulz. Das Müllkonzept müsse dahingehend überarbeitet werden, wie man den Müll an den richtigen Stellen entsorge und darüber die Bürger informiere. Könne man z. B. Reifen kostengünstig abgeben und müsse dafür keine exorbitanten Gebühren zahlen, was zu der Entsorgung über die Container führe, werde dies Auswirkungen haben. Man müsse die Höhe der Gebühren im Auge behalten.

Herr M. Schneider hält die Gebühren nicht für zu hoch. Es werde immer Menschen geben, die Müll vor den Containern ablegten, obwohl diese gerade erst geleert worden seien. Auch Säcke würden davor gelegt, da diese nicht durch den Schlitz eingeworfen werden könnten. Es sei eine Frage der Erziehung.

In Siegen werde vermutet, dass es sich nicht lohne. Andere Städte hätten mittlerweile die entsprechenden Stellen erhöht, weil es doch der Fall sei. Er werbe dafür, einen Versuch zu starten. Ansonsten stelle die Volt- Fraktion den Änderungsantrag, als Pilotprojekt 2 Müllkontrolleure für ein Jahr einzusetzen, um es zu testen, so Herr Kamann.

Herr Groß stellt fest, auch für 2 Müllkontrolleure werde es keine Mehrheit geben. Eine engmaschige Prüfung werde zu mehr wilden Müllablagerungen führen. Es schlägt vor, den Antrag in einem Jahr gemeinsam mit einem Bericht der Verwaltung darüber, wie sich die Situation, die Ergebnisse und die Bußgelder entwickelt haben, noch einmal zu thematisieren.

Herr Kamann zieht den Änderungsantrag zurück, da erkennbar ist, dass er keine Aussicht auf Erfolg hat.

Herr Fries sagt den Bericht zu und bittet, der Verwaltung über stadtreinigung@siegen.de unverzüglich Müllablagerungen zu melden. Je schneller die Verwaltung darüber informiert ist, desto schneller könne sie reagieren.

Herr Weber regt an, die Öffentlichkeit über die Überwachung im Rahmen eines Presseberichtes zu informieren.

Beschluss:

Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen schließt sich der Entscheidung des Arbeitskreises Abfallwirtschaft, den Antrag zu Ziffer 3 (befristete Einstellung von 4 Abfallkontrolleurinnen / Abfallkontrolleuren) abzulehnen, an.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 0 dagegen, 4 Enthaltungen

Enthaltungen: Volt (1)/ Grüne (3)

3. AfFSO 19.08.2021

5. Hochwasserschutz in der Universitätsstadt Siegen - Bericht der Verwaltung

Herr Ebertz trägt vor, strategisch für den Hochwasserschutz sei in Siegen der Entsorgungsbetrieb ESi zuständig.

Der hochwasserfreie Ausbau der Gewässer in der Stadt Siegen erfolge nach den gesetzlichen Vorgaben des Wasserhaushalts- und des Landeswassergesetzes. In diesen seien die Aufgaben der Gewässerunterhaltung, der Ausgleich der Wasserführung (Retentionsräume) und der Ausbau der Wasserläufe geregelt. Durch die Aufsichtsbehörden seien entsprechende Hochwassergefahrenkarten öffentlich einsehbar. Sie zeigten die Überflutungen für häufige Hochwasser (HQ₁₀₋₂₅) für ein hundertjähriges (HQ₁₀₀) und ein extremes Ereignis (HQ_{extrem}) auf.

In den zurückliegenden Jahrzehnten seien die Gewässer erheblich durch die städtebauliche Überformung in ihrem Abflussquerschnitt eingeschnürt oder verrohrt worden. Die optimale Ausnutzung der Grundstücke stehe hierbei durch die Eigentümer immer im Vordergrund und der notwendige Hochwasserschutz für ein hundertjähriges Abflussereignis (HQ₁₀₀) sei in vielen Bereichen der Stadt dadurch nicht mehr gegeben. Dies führe dazu, dass es auch bei kleineren Hochwasserereignissen zu Überflutungen der angrenzenden Bebauung komme.

Nur wenn es gelinge, den Gewässern wieder mehr Raum zu geben und damit das Abflussvermögen des Gewässers zu vergrößern, sei ein wirksamer Hochwasserschutz im Bereich der Gewässer möglich. Ein Umdenken bei den Gewässeranliegern sei dringend geboten.

Die im städt. Haushalt eingestellten Wasserbaumaßnahmen dienten überwiegend dem Hochwasserschutz. Die Maßnahmen würden auf ein Abflussereignis (HQ₁₀₀) dimensioniert. Hierzu gehöre auch die aktuelle Gewässermaßnahme Weiß, welche im direkten Zusammenhang mit dem Projekt „Uni in die Stadt“ stehe. Hier werde dem Gewässer deutlich mehr Raum gegeben und HQ₁₀₀ könne zukünftig schadlos abgeleitet werden. Nur in seltenen Ausnahmefällen, wo die Örtlichkeit dies nicht zulasse, werde davon abgewichen.

Ein wesentlicher Baustein stelle die Eigenverantwortung der Bevölkerung dar, um ihre Häuser bei Extremereignissen vor wildabfließendem Oberflächenwasser schützen. Einfache Mittel seien z.B. die Erhöhung der Lichtschächte, der Einbau von Rückstauklappen oder eines Pumpensumpfes.

Befinde sich Wasser in Gebäuden, könne die Feuerwehr Wasserhöhen bis ca. 10 mm und Korngrößen bis 70 mm aufnehmen. Die Feuerwehr sei auf die Selbstrettungsfähigkeit der Bevölkerung angewiesen, also gelte:

- Retten des eigenen Lebens und das der eigenen Familie
- Bei früher Warnung kann eine geordnete Räumung erfolgen
- Der Fokus der Rettungskräfte liegt auf kranken- und nicht gehfähigen Menschen
- Im Weiteren Schutz der kritischen Infrastruktur

In Zusammenhang mit der diesjährigen Hochwasserkatastrophe seien am 16. Juli 2021 in Nordrhein- Westfalen landesweit bis zu 23.000 Männer und Frauen von Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Technisches Hilfswerk und Katastrophenschutzbehörden sowie 1100 Polizisten zeitgleich im Einsatz und mehr als 43.000 Einsätze bewältigt worden.

Herr Ebertz verweist auf die Informationen zum Hochwasserschutz, die auf der städt. Homepage eingestellt seien und unter dem Link [Hochwasserschutz](https://www.siegen.de/leben-in-siegen/buergerservice/bevoelkerungsschutz/hochwasserschutz/) <https://www.siegen.de/leben-in-siegen/buergerservice/bevoelkerungsschutz/hochwasserschutz/> aufgerufen werden könnten sowie auf die Notfall- Informations- und Nachrichten APP NINA des Bundes, die wichtige Warnmeldungen des Bevölkerungsschutzes für unterschiedliche Gefahrenlagen wie zum Beispiel Gefahrstoffausbreitung oder einen Großbrand enthalte. Wetterwarnungen des Deutschen Wetterdienstes und Hochwasserinformationen der zuständigen Stellen der Bundesländer seien ebenfalls in die Warn-App integriert.

Neben der Eigenverantwortung der Bürger gebe es die politische Verantwortung, so Herr Groß. Es müsse ein größeres Augenmerk darauf gerichtet werden, wo Flächen versiegelt würden, aber auch was die Freilegung von Flüssen angehe. Alle verrohrten Flüsse seien geeignet, aus einem Hochwasser ein katastrophales Hochwasser zu machen. Über Klimaschutz müsse in einer ganz anderen Weise nachgedacht werden. Was jetzt passiere, habe die Ursache in dem Verhalten der Menschen in der Vergangenheit. Darüber müssten alle nachdenken, bevor sich etwas ändere, werde es zunächst schlimmer.

Dass es schlimmer werde, werde bereits in die Planungen einbezogen, so Herr Ebertz. Die Feuerwehr beschaffe bereits geländegängigere Fahrzeuge mit höherer Wadfähigkeit sowie Fahrzeuge, die auch für Waldbrände geeignet seien, weil man große Trockenperioden habe und man eigentlich kein Waldbrandgebiet sei. Es werde bereits versucht, die Feuerwehren an den Klimawandel anzupassen. Man müsse sich darauf vorbereiten, dass schlimmere Ereignisse in immer kürzeren Abständen auf einen zukommen.

Auf die Frage von Herr O. Schulz zu den Schutzmaßnahmen bei den Windkraftanlagen, antwortet Herr Ebertz, die Anlagen seien aufgrund der Höhe nicht zu löschen. Alle neueren Anlagen verfügten über eine ortsfeste Löschanlage. Damit niemand von herunterfallenden

Trümmerteilen getroffen werde, gebe es rund um die Anlage einen Sicherheitsabstand, der in der Regel die Höhe x 2,5 betrage.

Beschluss

⇒ *Der Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung nimmt den Bericht der Verwaltung zum Hochwasserschutz in der Universitätsstadt Siegen zur Kenntnis.*

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

3. AfFSO 19.08.2021

gez.
Vorsitzender

gez.
Schriftführerin